

Protokoll der 2. Sitzung des 32. Studierendenparlamentes der Humboldt-Universität zu Berlin am 11. Dezember 2024 im Hedwig-Dohm-Haus (HDH, Ziegelstraße 5, 10117 Berlin)

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:47 Uhr

Abstimmungs- und Wahlergebnisse in der Form: ja/nein/Enthaltungen (/Ungültige)

Abkürzungen der Listennamen:

- LiLi: Linke Liste an der HU – LiLi
 - Jusos: Juso-Hochschulgruppe
 - OLKS: OLKS Offene Liste Kritischer Studierender
 - Grünboldt: Grünboldt
 - LHG: Liberale Hochschulgruppe
 - RCDS: RCDS – Demokratisch. Praktisch. Gut
 - ZfgU: ZfgU – Zeit für gute Uni
 - IYSSE: IYSSE
 - eu3T: ewig und 3 Tage – Langzeitprojekte
 - qf: queerfeministische Liste
 - Pendler*innen: Die Pendler:innen – Wir fahren ein!
- Weitere Abkürzungen siehe <https://www.refrat.de/fako.infos.html#a6251>

Tagesordnung/Inhaltsverzeichnis

1	Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung.....	2
1.1	Dringlichkeitsbeschlüsse gem. § 5 Abs. 3 StuPa-GO.....	2
1.2	Festlegung der Tagesordnung.....	3
2	Bestätigung des Protokolls der ersten Sitzung des 32. StuPa vom 11.11.2024.....	3
3	Mitteilungen und Berichte.....	3
3.1	Bericht des Präsidiums.....	3
3.2	Berichte der Referate.....	4
3.3	Weitere Berichte.....	9
3.3.1	Berichte/Anfragen Verwaltungsrat des Studierendenwerkes.....	9
4	Wahlen und Bestätigungen.....	10
4.1	Referat für Finanzen (Wahl).....	10
4.2	Referat für Soziales (Wahl).....	11
4.3	Referat für Ökologie und Umweltschutz (Wahl).....	11
4.4	Referat für Antifaschismus (Wahl).....	11
4.5	Wahlausschuss zur Wahl der studentischen Mitglieder des Verwaltungsrates des Studierendenwerkes (Wahl)	12
4.6	Referat für LGBTI* (Bestätigung).....	12
4.7	Auslosung eines Ersatzmitglieds für den Haushaltsausschuss (Losung).....	12
5	Anträge.....	12
5.1	SP-32/10F Budget 2025 (HUI).....	13

5.2	SP-32/11F Treppe zum Wickeltisch (KiLa).....	13
5.3	SP-32/12 Nein zu den Kürzungen an den Berliner Hochschulen! - Stellungnahme Sparmaßnahmen und Beschluss über die Einberufung einer Vollversammlung (IYSSE).....	13
5.4	SP-32/13 Anerkennung als studentische Initiative: shalom kai salaam.....	21
5.5	SP-32/14 Geopolitische Entwicklungen im Nahen Osten und die Verpflichtung zu einer solidarischen Positionierung der Studierenden (Antira).....	22
6	Sonstiges.....	23

1 Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

Lilli (Präsidium): eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Weist daraufhin, vorsichtig mit den Tischen des HDHs umzugehen. Erklärt das Meldekarten-System.

1.1 Dringlichkeitsbeschlüsse gem. § 5 Abs. 3 StuPa-GO

Dem Präsidium ist ein Dringlichkeitsanträge zugegangen.

Die Dringlichkeit des Antrags

- Geopolitische Entwicklungen im Nahen Osten und die Verpflichtung zu einer solidarischen Positionierung der Studierenden

wurde vom Präsidium nicht anerkannt und wird dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt.

Bahar (Antira) stellt den Antrag vor.

Diskussion/Fragen:

Rückfrage **Isa (LiLi)**: Wer erarbeitet das Statement?

Bahar (Antira): Es gibt ein Kollektiv von Studierenden, welches dieses erarbeiten will und in das StuPa zurücktragen will.

Elyesa (Gast): Wofür steht das Statement denn dann ein?

Bahar (Antira): Tendenz zur Abkapselung in Europa, Studis vor Ort rufen zu Engagement auf.

Ali (LiLi): Hinweis dass es hier nur um Dringlichkeit geht, Antragsdiskussion später.

Abstimmung: (Viele/0/1)

→ einstimmig angenommen

1.2 Festlegung der Tagesordnung

Dringlichkeitsantrag unter TOP 5.5 aufgenommen. Tagesordnung wird wie vorgeschlagen angenommen.

2 Bestätigung des Protokolls der ersten Sitzung des 32. StuPa vom 11.11.2024

Abstimmung: (Viele/0/0)

→ Protokoll einstimmig angenommen.

3 Mitteilungen und Berichte

3.1 Bericht des Präsidiums

Benni (Präsidium) trägt den Bericht vor:

„Liebes StuPa,

in den letzten Wochen hat das Präsidium des 32. Studierendenparlaments seine Arbeit aufgenommen. Auch über die kontinuierlich stattfindende Einarbeitung hinaus waren wir sehr aktiv:

Wir haben die Genehmigung der genehmigungspflichtigen Beschlüsse der letzten Sitzung angestoßen und stehen hierzu im Austausch mit dem Präsidialbereich. Bisher ist die Genehmigung noch nicht abgeschlossen. Gegen den Beschluss zur Wahlordnung wurde eine Rechtsaufsichtsbeschwerde eingereicht. Über den Stand der Genehmigung halten wir euch auf dem Laufenden.

Wir haben uns auch mit verantwortlichen Stellen an der Universität zu Vorstellungsbesuchen getroffen.

Der Wahlkampfspendenbericht ist bereits in Arbeit, wir bitten daher diejenigen Listen, die bisher noch keine Meldung gemacht haben, um eine entsprechende Mitteilung. Wir haben vor, den Spendenbericht spätestens in der Sitzung im Januar vorstellen zu können.

Zu guter Letzt können wir euch nun auch den Sitzungsplan für den Rest der Wahlperiode mitteilen. Diese Information geht euch auch noch einmal per Mail zu. Die Sitzungstermine sind:

- Dienstag, 28.01.2025, 12:30
- Montag, 28.04.2025, 18:30
- Donnerstag, 12.06.2025, 18:30
- Mittwoch, 09.07.2025, 18.30

Hierzu möchten wir kurz auf den Termin für den Januar eingehen. Die Satzung der Studierendenschaft mahnt an, dass Sitzungen der Organe der Studierendenschaft bis spätestens 18 Uhr gehen sollen, um z.B. die Betreuung von Kindern sicherstellen zu können. Die Satzung macht auch deutlich, dass dies nicht zwingend erforderlich ist,

wenn zu Sitzungen früh genug eingeladen wird, allerdings wurde in den letzten fünf Jahren unserer Kenntnis nach diese Ausweichregelung für jede einzige StuPa-Sitzung angewandt.

Dies schließt regelmäßig Studierende mit Kindern aus, wie das Referat für Studierende mit Kindern zu Recht regelmäßig kritisiert. Wir wollen daher mit der Sitzung im Januar einen Testlauf starten, ob eine Sitzung tagsüber praktikabel ist und ob es nicht eine Mischung von Sitzungszeiten gibt, mit denen der Zugang zum Studierendenparlament gerechter gestaltet werden kann.

Mit solidarischen Grüßen

Euer StuPa-Präsidium“

Fragen/Diskussionen:

- Keine -

3.2 Berichte der Referate

Referat für Kultur

Im letzten StuPa wurde Sophia als Co-Referentin gewählt und seitdem fand eine erste Einarbeitung in die Arbeit des Referats für Kultur speziell und die Arbeit des Referats generell statt. Außerdem wurde die RefRat Geschäftsstelle mit unserer Arbeit vertraut gemacht.

Das Referat hat außerdem seit dem letzten StuPa zwei Veranstaltung (Co-)Organisiert: Ein Filmscreening in Zusammenarbeit mit dem akj und eine Vortragsreihe von Greenpeace.

Wir haben uns weiter mit Gruppen vernetzt, die Workshops planen und ihnen organisatorische und finanzielle Unterstützung angeboten und gegeben und sind für die Planung weiter in Kontakt.

Aktuell sind wir auch dabei in einer Arbeitsgruppe den KiLa zu unterstützen, um Mängel zu beseitigen.

Auch wurden weitere Ideen gesammelt und besprochen für Veranstaltungen, die wir in Zukunft planen wollen.

Darüber hinaus haben wir uns auch weiterhin mit verschiedenen Gruppen vernetzt und generelle hochschulpolitische Unterstützung angeboten.

Referat für politisches Mandat und Datenschutz

Auch an uns sind die personellen Umbrüche im RefRat nicht vorbei gegangen und so haben auch wir im vergangenen Monat verschiedene Aufgaben neben unserer Refe-

rats-spezifischen Arbeit übernommen. Dazu gehört unter anderem die Teilnahme an mehreren Bewerbungsgesprächen für die Enthinderungs- sowie die Antisemitismusberatungsstelle, dessen Verfahren wir nun ja erfolgreich abschließen konnten, sowie die Teilnahme an Gesprächen mit der Universität. Außerdem fiel natürlich wie immer das Tagesgeschäft an, dazu gehörte diesen wie eigentlich jeden Monat insbesondere die Beratung verschiedener Stellen der Studierendenschaft in Bezug auf die Einhaltung des Politischen Mandats und zu Finanzanträgen, sowie die Bearbeitung von etwaigen IFG-Anfragen und ähnlichen rechtlichen Angelegenheiten.

Datüber hinaus haben wir natürlich weiterhin auf die Einhaltung von Datenschutzvorschriften geachtet und uns gewissenhaft um die Leerung unserer geliebten Datentonne gekümmert. Zum Datenschutz haben wir zudem Anfragen anderer Stellen der Studierendenschaft erhalten, bei denen wir gerne unterstützen.

Referat für Lehre und Studium

Das Referat für Lehre und Studium hat sich seit der ersten konstituierenden Sitzung des 32. Studierendenparlaments hauptsächlich mit dem Tagesgeschäft bestehend aus Beratungen und Rechtsberatungen beschäftigt. Diese wurden neben den Studierenden auch von Fachschaften der HU wahrgenommen. Hinzu kam die Einarbeitung der neuen Referent:in in die spezifischen Themenfelder des Referats. Außerdem haben wir uns maßgeblich an dem Bewerbungsverfahren rund um die neue Antisemitismusberatung beteiligt.

Die Arbeitsgruppe Machtmissbrauch des Referent:innenrats befindet sich in den letzten Schritten vor der Veröffentlichung eines Berichts zu Machtmissbrauch an der Hochschule. In dem Themenbereich konsultierten wir außerdem die Antidiskriminierungsbeauftragte der HU und erhielten insbesondere Unterstützung bei dem Thema Nachteilsausgleiche. Da Nachteilsausgleiche für ADS/ADHS konstant durch verschiedene Prüfungsausschüsse abgelehnt werden, bitten wir alle Studierende die eine solche Ablehnung erhalten, sich bei uns zu melden. Zuletzt hielten wir außerdem Gespräche mit dem Präsidium und nahmen weiterhin an der AG Qualitätsmanagement und Akkreditierung, der LSK und weiteren Referatsnahen Veranstaltungen teil.

Referat für Internationales

Im letzten Monat haben wir verschiedene Anfragen per Mail bearbeitet. Dazu gehörten Fragen zu Erasmus, welche wir begleitet und weitergeleitet haben, sowie Anfragen für Finanzanträge, etc. Wir haben auch weitere Nachforschungen angestellt, inwiefern es möglich ist Gebetsräume am Campus Mitte einzurichten. Zudem haben wir weiter an der Planung für den Austausch nach Norwegen gearbeitet. Wir haben gemeinsam mit dem Referat für Anassimus eine Veranstaltung für Internationale und BiPoc Studierende geplant, welche eine Art Weihnachts-/Winterfeier mit Kurzfilmen und Snacks ist.

Referat für Publikation

In den letzte Wochen hat sich das Referat für Publikation mit folgenden Themen auseinandergesetzt:

Tagesgeschäft:

- Büromittelbestellung & Inventur
- Finanzplanung 2025
- Interne Organisation

Studentischer Bericht: Machtmissbrauch an der HU

- Redigat und Korrektur
- Kommunikation Layout und Druck

Arbeit an der HUCh:

- Koordination der Redaktion
- Einarbeitungen
- Koordination
- Zusammenarbeit mit der LiMA
- Redigate
- Finanzlage
- Webauftritt
- Verteilung der Ausgabe #98

Referat für Öffentlichkeitsarbeit

In den letzte Wochen hat sich das Referat für Öffentlichkeitsarbeit mit folgenden Themen auseinandergesetzt:

Tagesgeschäft:

- Beantworten von Mails
- Raumanträge
- Betreuung und Abrechnung von Finanzanträgen
- Treffen mit studentischen Initiativen
- Betreuung der Social-Media-Kanäle
- Schreiben des Newsletters
- Kommunikation und Gespräche mit dem Semesterticketbüro und dem SSBS. Teilnahme an Teamtreffen des SSBS
- regelmäßige Teilnahme an Plena

- Gespräch mit dem Universitätspräsidium
- Beantwortung von Interviewanfragen
- Beratung von Studierenden

Einstellungsverfahren:

- Bewerbungsverfahren Antisemitismusberatungsstelle:
 - Koordination der Bewerbungsgespräche
 - Durchführung der Bewerbungsgespräche
 - Kommunikation mit SSBS, Bewerber*innen und Bewerbungskommission
- Teilnahme Bewerbungsgespräch Enthinderungsberatung

Planung und Einberufung einer Studentischen Vollversammlung „Studis gegen Rechts“:

- Vernetzung und Gespräche mit der Initiative „Studis gegen Rechts“
- Beantragung von Räumen
- Gespräche mit der Universität
- Teilnahme an Sicherheitseinweisung

Sonstiges:

- Bestellung und Schreiben von Winterkarten
- Prüfung von und Kommunikation zum Vertrag über das Deutschlandsemesterticket - Kommunikation zur Weiterführung von nextbike
- Kommunikation mit Technischer Abteilung etc. zum Kinderladen
- Vernetzung mit anderen Studierendenvertretungen

Referat für Hochschulpolitik

Seit dem letzten Studierendenparlament hat das Referat für Hochschulpolitik vieles getan, neben dem Tagesgeschäft, wurde regelmäßig die Landesastenkonzferenz besucht und organisiert.

Das Bewerbungsverfahren für die Antisemitismusbeauftragte wurde aktiv mitgestaltet und betreffende Stellen kommuniziert. Weiterhin wurden gute Gespräche mit der AS-Beauftragten der Uni geführt und die ersten Brücken bilden sich, weitere Kommunikation und Zusammenarbeit ist angedacht.

An den geplanten Kürzungen durch den Berliner Senat ist das Referat dran und plant politische Aktionen.

Referat für queer_feminismus

- Einarbeitung
- interner Workshop zu Finanzanträgen

- Einarbeitung zu Struktur, Kontakt Refrat
- Teilnahme am SSBS-Teamtreffen
- adB Kennen-lern-Treffen
- Treffen mit stellvertretend FGB mit Kristina Kütt und Gespräch über kostenlose Mens-Produkte
- Planung "Utopie-Werkstatt"
- Planung von Teambuilding für den RefRat
- Treffen VPL
- QuAG Treffen
- Einarbeitung FAs
- Redaktion Broschüre Machtmissbrauch
- Hinweis und Aktion zu Vollbrecht Video am Physik-Institut
- Veranstaltungsorga
- FLINTA* Winterfest mit Stube & QuAG
- Vernetzung mit Informatikinstitut
- Tagesgeschäft
- Zuarbeit KiLa

Referat für Antirassismus

Wir haben als Antira haben Workshops im Bereich Anti-Rassismus gehalten, wie zum Beispiel mit dem Bereich Internationales, haben wir einen Workshop über Rassismus in Universitären Strukturen, für internationale Master und phd Student*innen gehalten.

Sonst haben wir Finanzanträge betreut und uns mit anderen Referaten vernetzt.

Freitag halten wir zum Beispiel ein Filmevent mit dem Referat für Internationales über globale Perspektiven indem wir ein Film screening machen.

Referat für Fachschaftscoordination

- Ausstellung von Bescheinigungen
- Aktualisieren veralteter Infoblätter und Vorlagen
- Überarbeitung der Website und des Moodles
- Besuche von Fachschaften
- Betreuung von Fachschaftsneugründungen
- Ausarbeitung der Themen kommender FRIVs (27.11.24; 18.12.24)

- Erstellung einer großen Umfrage um einen Überblick über den aktuellen Stand der Fachschaftsvertretungen zu bekommen

Für folgende Referate sind bisher noch keine Berichte eingegangen:

- **Referat für LGBTI**
- **Referat für Studierende mit Kind(ern)**

Folgende Referate sind derzeit nicht ordentlich besetzt:

- **Referat für Finanzen**
- **Referat für Ökologie und Umweltschutz**
- **Referat für Antifaschismus**
- **Referat für Soziales**

Fragen/Diskussion:

- Keine -

3.3 Weitere Berichte

3.3.1 Berichte/Anfragen Verwaltungsrat des Studierendenwerkes

Die betreffenden Vertreter*innen können nicht anwesend sein, haben aber einen schriftlichen Bericht eingereicht. **Alena (Präsidium)** verliest den Bericht:

„Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments, wir wurden am 3. Dezember vom Präsidium gebeten, an der Sitzung teilzunehmen und zur Finanzierungslage des Studierendenparlaments zu berichten.

Leider waren wir aufgrund der Kurzfristigkeit nicht in der Lage, an der Sitzung teilzunehmen.

Daher möchten wir euch im Folgenden einen schriftlichen Bericht abgeben: Ursprünglich war am 6. Dezember eine Sitzung des Verwaltungsrats geplant. In dieser sollte der Wirtschaftsplan 2025 beschlossen werden. Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation konnte noch kein Wirtschaftsplan erstellt werden, sodass die Sitzung um einige Wochen nach hinten verschoben wurde.

In der kommenden Sitzung soll der Wirtschaftsplan 2025 beschlossen werden und die Finanzierung ist sehr schwierig. Das Studierendenwerk hat zwar Rücklagen, jedoch sind diese nicht ausreichend, diese Kürzungen abzufedern.

Daher ist davon auszugehen, dass das Studierendenwerk seine Angebote reduzieren, beziehungsweise die Preise steigern wird. Es wurde bereits angekündigt, dass die Kos-

ten für das Aktionsgericht in den Mensen des Studierendenwerks von 1,45 € auf 1,75 € steigen werden.

Insbesondere eine Erhöhung des Sozialbetrags wird diskutiert. Die Spannweite der hierbei kursierenden Zahlen ist zu hoch, um hier eine realistische Einschätzung geben zu können. Dies ist insbesondere der Tatsache geschuldet, dass die gesamte Diskussion noch nicht abgeschlossen ist, da noch kein Beschluss zum Wirtschaftsplan erfolgt ist. Fakt ist, dass das Studierendenwerk auf die veränderte Finanzierung reagieren muss.

Wir werden uns im Verwaltungsrat für die Interessen aller Studierenden, insbesondere derjenigen, die unter einer Preissteigerung am meisten leiden würden, einsetzen.

An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass wir den Frust über Maßnahmen des Studierendenwerks sehr gut nachvollziehen können und ebenso teilen.

Das Studierendenwerk reagiert auf die geänderte finanzielle Situation. Die Geschäftsführerin des Studierendenwerks hat unmittelbar nach der Veröffentlichung der Kürzungspläne einen Brief an die verantwortlichen Personen geschrieben.

Daher ist es zielführender und sinnvoller, daher ist es notwendig, weiterhin vehement die Politik zu appellieren, dass die Kürzungen und die damit einhergehenden Preissteigerungen vielen Personen aus finanziellen Gründen die Möglichkeit nehmen, ihr Studium fortzuführen oder eines zu beginnen.

Daher unterstützen wir die derzeit stattfindenden Demos ausdrücklich.“

Fragen/Diskussion:

Lars (LiLi): Findet gut, dass Demos unterstützt werden und an Politik appelliert wird. Sehr ärgerlich, dass Personen nicht anwesend sein können. Die Kürzungen bedeuten immense Preiserhöhungen. Wir müssen gemeinsam als politisch aktive Menschen darauf reagieren. Bittet Vertreter*innen, mit StuPa-Mitgliedern und Initiativen ins Gespräch zu treten.

4 Wahlen und Bestätigungen

Der Wahlausschuss wird gebildet aus: **Lars (LiLi), Elo (q_f Referat), Nike (OLKS), Julian (OLKS)**

Es gibt keine Einwände gegen den Wahlausschuss. (**yeehaw, ihr seid's!**)

4.1 Referat für Finanzen (Wahl)

- keine Kandidaturen -

4.2 Referat für Soziales (Wahl)

Kandidaturen: Marcel (Haupt)

Marcel stellt sich vor.

Fragen/Diskussion:

Ray (LuSt-Referat): Dank für die Arbeit des ehem. Referenten für Soziales. Wahlempfehlung für Marcel.

Yunus (HoPo): ebenfalls Lob für ehem. Soziales.

Eske (ÖffRef): Lob für ehem. Referenten. Wahlempfehlung für Marcel. Es gibt Kuchen, der hässlich ist aber schmeckt.

Wahl: 30 abgegeben, 30 gültig

Marcel: (26/3/1)

Marcel nimmt die Wahl an.

4.3 Referat für Ökologie und Umweltschutz (Wahl)

- keine Kandidaturen -

4.4 Referat für Antifaschismus (Wahl)

Kandidaturen: Frederik (Haupt), Luca (Co)

Frederik und Luca stellen sich vor.

Fragen/Diskussion:

Eske (ÖffRef): Dank an die Arbeit des ehemaligen AntifaReferats. Es gab zwischen durch keines und es war gut, wieder eines zu haben. Hebt verschiedene Leistungen des ehemaligen Referats hervor.

Ray (LuSt-Referat): Dank für die Arbeit des ehemaligen Referats. Wahlempfehlung für die Kandidaturen.

Bahar (Antira-Referat): Ehemaliges Antifareferat war stabil, großes Lob.

Wahl: 31 abgegebene Stimmen

Frederik: (25/2/3), 1 ungültig

Luca: (26/2/3)

Frederik und Luca nehmen die Wahl an.

4.5 Wahlausschuss zur Wahl der studentischen Mitglieder des Verwaltungsrates des Studierendenwerkes (Wahl)

- keine vorherigen Kandidaturen -

Spontane Kandidaturen: Marcel (Soz), Hanna (Grünboldt)

Fragen/Diskussion:

- keine -

Wahl: 26 abgegebene Stimmen, keine ungültig

Marcel: (26/0/0) → nimmt die Wahl an.

Hanna: (26/0/0) → nimmt die Wahl an.

Die Kandidierenden nehmen die Wahl an.

4.6 Referat für LGBTI* (Bestätigung)

Lilli (Präsidium) teilt mit, dass ein Wahlprotokoll der Vollversammlung vorliegt. Die Vollversammlung hat Nico vorgeschlagen. Um Vorstellung wird gebeten.

Nico stellt sich vor.

Fragen/Diskussion:

Emily (LuSt) hält Fürsprache.

Abstimmung: (30/0/0)

→ **Nico (LGBTI*)** ist gewählt

Nico nimmt die Wahl an.

4.7 Auslosung eines Ersatzmitglieds für den Haushaltsausschuss (Losung)

Dario (Präsidium) erklärt: **ZfgU** hat die Annahme der Mitgliedschaft nicht bestätigt. Daher wird jetzt eine Liste nachgezogen.

Dario zieht das Listenlos.

Das Ersatzmitglied ist die Liste **Grünboldt**. Grünboldt nimmt das Mandat an.

5 Anträge

5.1 SP-32/10F Budget 2025 (HUI)

Joao bringt den Antrag ein.

Fragen/Diskussion:

- keine -

Abstimmung: (23/0/0)

→ einstimmig angenommen

Beschlusstext (SP-32/10F):

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin beschließt:

1. Die HumboldtInitiative – offenes Forum für Ideen, Initiativen und Projekte – erhält für das Jahr 2025 ein Budget in Höhe von 19.000€ gemäß des vorgelegten Budgetplans.
2. Die Posten des Budgets sind gegenseitig deckungsfähig.

5.2 SP-32/11F Treppe zum Wickeltisch (KiLa)

Eske (ÖffRef) in Vertretung für StuKiRef bringt den Antrag ein.

Fragen/Diskussion:

- keine -

Abstimmung: (27/0/0)

→ einstimmig angenommen

Beschlusstext (SP-32/11F):

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin beschließt:

Dem Kinderladen der Humboldt-Universität zu Berlin werden Gelder i.H.v. 3.500 € bewilligt, um eine Treppe für den Wickeltisch des Kinderladens anfertigen zu lassen.

5.3 SP-32/12 Nein zu den Kürzungen an den Berliner Hochschulen! - Stellungnahme Sparmaßnahmen und Beschluss über die Einberufung einer Vollversammlung (IYSSE)

Gregor (IYSSE) bringt den Antrag ein. Gregor hat den Änderungsantrag im Pad gesehen und würde ihn zum Teil übernehmen.



Hanna (Grünboldt) bringt einen Änderungsantrag ein. Der AA ergänzt und weist auf Folgen der Kürzungen hin sowie Beispiele aktueller repressiver Politik, die vom Berliner Haushalt finanziert wird. Die Vollversammlung wurde außerdem konkretisiert. Die studentischen Mitglieder im Wahlausschuss zur Wahl der studentischen Mit-

Text des Änderungsantrags (Grünboldt; LiLi, OLKS) [Änderungen fettgedruckt]:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität verurteilt die von der schwarz-roten Landesregierung geplanten Haushaltskürzungen an den Berliner Hochschulen.

Die Berliner Landesregierung plant einen Kahlschlag an den Hochschulen: Beim Haushalt für Wissenschaft und Gesundheit sollen 280 Millionen Euro eingespart werden, fast zehn Prozent des bisherigen Haushalts. Davon sollen 100 Millionen Euro bei **den** Hochschulverträgen gekürzt werden und über 10 Millionen bei dringend nötigen Sanierungs- und Baumaßnahmen. Allein die Charité verliert mit 8,5 Millionen Euro fast die Hälfte des Geldes, das für die Anschaffung neuer technischer Geräte bestimmt war.

Dabei bringt ein bereits bestehender Sanierungsstau die Berliner Hochschulen ohnehin in eine desolante Lage: Nur wenige Monate zuvor hatte der Berliner Senat eine Haushaltssperre für Landesbaumaßnahmen verhängt, bei dem einige wichtige Sanierungs- und Neubauprojekte an der Humboldt-Universität gänzlich gestrichen wurden und die Fortführung anderer nach wie vor unentschieden ist. Das betrifft unter anderem so wichtige Projekte wie die Invalidenstraße 110, die Ziegelstraße 5-9 und sogar die Baustelle am Kopfbau des HU Hauptgebäudes Ost [6]. Während diese Baumaßnahmen auf Eis liegen, vergeudet die Universität Unsummen in Millionenhöhe, um Ersatzflächen für die dort planmäßig ansässigen Institute und Einrichtungen extern anzumieten. Dass dieses Geld der Universität an anderen Stellen dringend fehlt, spüren wir Studierende in unserem Studienalltag unmittelbar.

Ein Beispiel ist das Haus 2 auf dem Campus Nord, wo seit Monaten das 1. Obergeschoss gesperrt ist, weil das Dach einsturzgefährdet ist. Es sind die Studierenden die die Konsequenzen tragen: Durch die Verlegung der dort stattfindenden Lehrveranstaltung fallen nun ohnehin seltene Flächen für selbstständiges studentisches Arbeiten weg [7].

Dem Studierendenwerk, das u.A. zuständig ist für BAföG, Mensen, Cafes, Wohnheime, Kindertagesstätten und Beratungen bei psychischen Problemen soll sein Etat um ca. ein Drittel oder **6,5** Millionen Euro gekürzt werden **[4]**. Hier werden die

grundlegenden Rechte von Studierenden auf Wohnen und Nahrung direkt angegriffen.

Diese angekündigten Sparmaßnahmen werden katastrophale Folgen für uns Studierende haben. Die Sprecherin des Studierendenwerks Jana Judtisch warnte gegenüber dem Tagesspiegel, dass sie davon ausgeht, dass unter anderem der Sozialbeitrag für Studierende, den sie in ihren Semestergebühren zahlen, um mindestens 30 Euro angehoben werden muss. Man könne dabei zwar noch nicht sagen, welche Stellen genau betroffen sein werden, aber klar sei: „Es wird Preiserhöhungen, Angebots- und Investitionsstreichungen geben.“ Sicher sei beispielsweise schon, dass mindestens zwei Mensa-Backshops geschlossen werden [1], **die Mensa der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der HU ist bereits geschlossen. Auch hier wird eine bereits desolate Lage verschlimmert: Die Warteliste für ein Zimmer in den Wohnheimen des Studierendenwerks war zum Jahresende 2023 ganze 4.238 Personen lang - bei einer Mindest(!)wartezeit von 1,5 Jahren [5]. Die CDU hat die Wohnraumkrise in Berlin - von der Studierende in besonderem Ausmaß betroffen sind - stets mit einem mantraartigen "Bauen, Bauen, Bauen" beantwortet. Einmal mehr wird klar, dass es sich hier um eine dreiste Lüge der mit diesem Senat eng verwobenen Immobilienlobby handelt: Dem Studierendenwerk werden mit diesem Kahlschlag alle Möglichkeiten genommen, neuen Wohnraum zu schaffen - zumindest wenn er für die meisten Studierenden leistbar bleiben soll. Wir wollen uns von CDU und SPD nicht auf die Straße setzen lassen!**

Wenn wir die Kürzungen nicht stoppen, bedeutet das für uns eine weitere Verschlechterung von Lehre und Betreuung, Unterricht **Vorlesungen** in maroden Gebäuden, teurere Essenspreise sowie weniger finanzielle und psychologische Unterstützung. Gleichzeitig kämpfen Berliner Studierende schon jetzt täglich mit hohen Mietkosten und steigenden Lebensunterhaltungskosten.

~~Universitätspräsidentin Julia von Blumenthal machte im Tagesspiegel deutlich, dass sie den Sparkurs unterstützt und in Gremien bereits dabei ist, die Kürzungen vorzubereiten. So erklärte sie, dass sie anerkenne „dass das Land Berlin sparen muss“ und nur kritisch sehe „wie gekürzt wurde“.~~ [2]

Die Kürzungen an den Berliner Hochschulen reihen sich in Kürzungen an zahlreichen weiteren Hochschulen ein. In Baden-Württemberg plant die schwarz-grüne Landesregierung allein für das Jahr 2026 Kürzungen um 91 Millionen Euro bei den Hochschulen. Und in Hessen streicht die Schwarz-Rote Landesregierung im Nachtragshaushalt für dieses Jahr schon 34 Millionen Euro aus dem Wissenschaftsbudget. Weitere Kürzungen für das nächste Jahr sind zu erwarten. [3] [4]

Wir sind enttäuscht, dass die Kritik von Universitätspräsidentin Julia von Blumenthal, die gleichzeitig Sprecherin der Landesrektor*innenkonferenz Berlin (LKRK) ist, so verhalten ausfällt. Es handelt sich hier nicht nur um "kein gutes Regieren" mit dem die Universitäten nun umzugehen hätten [2], sondern um einen gezielten Angriff auf die Handlungsfreiheit und Au-

tonomie der Hochschulen, der im selben Kontext steht wie die Einführung des Ordnungsrechts im Sommer. Wenn es um unsere Hochschulen und Universitäten geht, macht der Senat seine Prioritäten klar: Die Universitäten sollen am Fließband Bildungsabschlüsse und Fachkräfte für die deutsche Wirtschaft produzieren, befriedet von einem Ordnungsrecht, das preussische Obrigkeitshörigkeit verspricht. Kritische Lehre, Universität als Ort des Austauschs und der Diskussion, studentisch selbstverwaltete Räume und Projekte? Fehlanzeige, ohnehin viel zu teuer.

Die Kürzungen stehen **auch** im Zeichen der Militarisierung der ganzen Gesellschaft. Im Bundeshaushalt wird der Kriegsetat massiv erhöht, während bei Bildung, Wohnen und Gesundheit gekürzt wird. Im Berliner Landeshaushalt sind **in** bezeichnender Weise die einzigen von den Kürzungen nicht betroffenen Bereiche Polizei und Justiz. [5][6]

Die Kosten für die Aufrüstung **von Polizeibehörden und unzählige Investitionen in repressive Sicherheitspolitiken** und die Lieferung von Waffen in die Ukraine und nach Israel sollen jetzt durch massiven Sozialabbau auf die Studierenden, Lehrenden, Jugendlichen und die arbeitende Bevölkerung insgesamt abgewälzt werden. **Das beste Beispiel in Berlin ist hier auch immernoch der Bau eines Zauns um den Görlitzer Park, dessen 1.5 Mio. Euro schwerer Neubau trotz des heftigen Protests der Anwohnenden und der massiven Haushaltskürzungen natürlich weitergeht. Gestrichen wurden in der Nachbarschaft im Gegensatz dazu die Mittel von Suchthilfeprogrammen und anderen sozialen Organisationen. Dieses einzelne Prestigeprojekt macht finanziell 20% der Kürzungen im Studierendenwerk aus. Zaunbau und Landespolizei müssen sich also keine Sorgen um ihre Budgets machen, während soziale Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft in maroden Gebäuden um ihre Existenzberechtigung ringen.** Das dürfen wir nicht zulassen!

Wir rufen alle Studierenden und Lehrenden in Berlin und bundesweit auf, sich mit den ~~Arbeiterinnen und Arbeitern~~ **Arbeiter*innen** in anderen Bereichen zusammenzuschließen und gemeinsam gegen den **sozialen Kahlschlag** ~~Sparkurs und die Aufrüstung~~ zu kämpfen.

Umsetzung:

Das Studierendenparlament beschließt die Einberufung einer Vollversammlung, um das weitere Vorgehen gegen die Kürzungen an den Hochschulen und in Berlin zu diskutieren und zu organisieren. Der RefRat wird mit der Einberufung im Laufe des Januars 2024 beauftragt.

Der RefRat wird damit beauftragt, diesen Beschluss im Sinne der Studierendenschaft in die Öffentlichkeit zu tragen.

Der RefRat wird beauftragt auf eine Positionierung der studentischen Mitglieder im Verwaltungsbeirat des Studierendenwerkes im Sinne dieses Beschlusses hinzuwirken.

[4] <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wo-berlin-jetzt-doch-nicht-kurzt-die-korrekturen-an-den-sparplanen-im-uberblick--und-komplett-zum-download-12834512.html>

[5] <https://www.stw.berlin/karriere/unternehmen/gesch%C3%A4ftsbericht-2023/wohnen-2023.html>

[6] Protokoll der 439. Sitzung des Akademischen Senats der HU vom 17.09.2024

[7] Protokoll der 440. Sitzung des Akademischen Senats der HU vom 22.10.2024

IYSSE würde die Änderungen übernehmen bis auf:

- Streichung des Absatzes:

„Universitätspräsidentin Julia von Blumenthal machte im Tagesspiegel deutlich, dass sie den Sparkurs unterstützt und in Gremien bereits dabei ist, die Kürzungen vorzubereiten. So erklärte sie, dass sie anerkenne „dass das Land Berlin sparen muss“ und nur kritisch sehe „wie gekürzt wurde“. [2]“

- Hinzufügen des Absatzes:

„**Wir sind enttäuscht, dass die Kritik von Universitätspräsidentin Julia von Blumenthal, die gleichzeitig Sprecherin der Landesrektor*innenkonferenz Berlin (LKRK) ist, so verhalten ausfällt. Es handelt sich hier nicht nur um "kein gutes Regieren" mit dem die Universitäten nun umzugehen hätten [2], sondern um ein gezieltes Angriffs auf die Handlungsfreiheit und Autonomie der Hochschulen, der im selben Kontext steht wie die Einführung des Ordnungsrechts im Sommer. Wenn es um unsere Hochschulen und Universitäten geht, macht der Senat seine Prioritäten klar: Die Universitäten sollen am Fließband Bildungsabschlüsse und Fachkräfte für die deutsche Wirtschaft produzieren, befreit von einem Ordnungsrecht, das preussische Obrigkeitshörigkeit verspricht. Kritische Lehre, Universität als Ort des Austauschs und der Diskussion, studentisch selbstverwaltete Räume und Projekte? Fehlanzeige, ohnehin viel zu teuer. „**

- Abänderung des Satzes:

Die Kosten für die Aufrüstung **von Polizeibehörden und unzählige Investitionen in repressive Sicherheitspolitiken** und die Lieferung von Waffen in die Ukraine und nach Israel sollen jetzt durch massiven Sozialabbau auf die Studierenden, Lehrenden, Jugendlichen und die arbeitende Bevölkerung insgesamt abgewälzt werden.

Fragen/Diskussion:

Lars (LiLi) bittet darum, dass dieses Thema in politische Arbeit inkludiert wird. Lars spricht sich für Annahme des ÄA aus, da der Bezug zu konkreten Berliner Geschehnissen näher am Leben der Kommiliton*innen sei.

Gregor (IYSSE) erwidert auf den Einwand, dass Aufrüstung und Krieg nichts mit Landespolitik zu tun habe, dass auf Landesebene gespart würde, um Mittel zu sparen, die im Bundeshaushalt für Militarisierung und Aufrüstung verwendet werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag: (viele/2/1)

→ ÄA ist angenommen

Abstimmung über den Antrag in geänderter Fassung: (viele/0/0)

→ Antrag in geänderter Fassung einstimmig angenommen

Beschlusstext (SP-32/12):

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin beschließt:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität verurteilt die von der schwarz-roten Landesregierung geplanten Haushaltskürzungen an den Berliner Hochschulen.

Die Berliner Landesregierung plant einen Kahlschlag an den Hochschulen: Beim Haushalt für Wissenschaft und Gesundheit sollen 280 Millionen Euro eingespart werden, fast zehn Prozent des bisherigen Haushalts. Davon sollen 100 Millionen Euro bei den Hochschulverträgen gekürzt werden und über 10 Millionen bei dringend nötigen Sanierungs- und Baumaßnahmen. Allein die Charité verliert mit 8,5 Millionen Euro fast die Hälfte des Geldes, das für die Anschaffung neuer technischer Geräte bestimmt war.

Dabei bringt ein bereits bestehender Sanierungsstau die Berliner Hochschulen ohnehin in eine desolate Lage: Nur wenige Monate zuvor hatte der Berliner Senat eine Haushaltssperre für Landesbaumaßnahmen verhängt, bei dem einige wichtige Sanierungs- und Neubauprojekte an der Humboldt-Universität gänzlich gestrichen wurden und die Fortführung anderer nach wie vor unentschieden ist. Das betrifft unter anderem so wichtige Projekte wie die Invalidenstraße 110, die Ziegelstraße 5-9 und sogar die Baustelle am Kopfbau des HU Hauptgebäudes Ost [6]. Während diese Baumaßnahmen auf Eis liegen, vergeudet die Universität Unsummen in Millionenhöhe, um Ersatzflächen für die dort planmäßig ansässigen Institute und Einrichtungen extern an-

zumieten. Dass dieses Geld der Universität an anderen Stellen dringend fehlt, spüren wir Studierende in unserem Studienalltag unmittelbar.

Ein Beispiel ist das Haus 2 auf dem Campus Nord, wo seit Monaten das 1. Obergeschoss gesperrt ist, weil das Dach einsturzgefährdet ist. Es sind die Studierenden die die Konsequenzen tragen: Durch die Verlegung der dort stattfindenden Lehrveranstaltung fallen nun ohnehin seltene Flächen für selbstständiges studentisches Arbeiten weg [7].

Dem Studierendenwerk, das u.A. zuständig ist für BAföG, Mensen, Cafes, Wohnheime, Kindertagesstätten und Beratungen bei psychischen Problemen soll sein Etat um ca. ein Drittel oder 6,5 Millionen Euro gekürzt werden [4]. Hier werden die grundlegenden Rechte von Studierenden auf Wohnen und Nahrung direkt angegriffen.

Diese angekündigten Sparmaßnahmen werden katastrophale Folgen für uns Studierende haben. Die Sprecherin des Studierendenwerks Jana Judisch warnte gegenüber dem Tagesspiegel, dass sie davon ausgeht, dass unter anderem der Sozialbeitrag für Studierende, den sie in ihren Semestergebühren zahlen, um mindestens 30 Euro angehoben werden muss. Man könne dabei zwar noch nicht sagen, welche Stellen genau betroffen sein werden, aber klar sei: „Es wird Preiserhöhungen, Angebots- und Investitionsstreichungen geben.“ Sicher sei beispielsweise schon, dass mindestens zwei Mensa-Backshops geschlossen werden [1], die Mensa der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der HU ist bereits geschlossen. Auch hier wird eine bereits desolante Lage verschlimmert: Die Warteliste für ein Zimmer in den Wohnheimen des Studierendenwerks war zum Jahresende 2023 ganze 4.238 Personen lang - bei einer Mindest(!)wartezeit von 1,5 Jahren [5]. Die CDU hat die Wohnraumkrise in Berlin - von der Studierende in besonderem Ausmaß betroffen sind - stets mit einem mantraartigen "Bauen, Bauen, Bauen" beantwortet. Einmal mehr wird klar, dass es sich hier um eine dreiste Lüge der mit diesem Senat eng verwobenen Immobilienlobby handelt: Dem Studierendenwerk werden mit diesem Kahlschlag alle Möglichkeiten genommen, neuen Wohnraum zu schaffen - zumindest wenn er für die meisten Studierenden leistbar bleiben soll. Wir wollen uns von CDU und SPD nicht auf die Straße setzen lassen!

Wenn wir die Kürzungen nicht stoppen, bedeutet das für uns eine weitere Verschlechterung von Lehre und Betreuung, Unterricht Vorlesungen in maroden Gebäuden, teurere Essenspreise sowie weniger finanzielle und psychologische Unterstützung. Gleichzeitig kämpfen Berliner Studierende schon jetzt täglich mit hohen Mietkosten und steigenden Lebensunterhaltungskosten.

Die Kürzungen an den Berliner Hochschulen reihen sich in Kürzungen an zahlreichen weiteren Hochschulen ein. In Baden-Württemberg plant die schwarz-grüne Landesregierung allein für das Jahr 2026 Kürzungen um 91 Millionen Euro bei den Hochschulen. Und in H-

essen streicht die Schwarz-Rote Landesregierung im Nachtragshaushalt für dieses Jahr schon 34 Millionen Euro aus dem Wissenschaftsbudget. Weitere Kürzungen für das nächste Jahr sind zu erwarten. [3] [4]

Wir sind enttäuscht, dass die Kritik von Universitätspräsidentin Julia von Blumenthal, die gleichzeitig Sprecherin der Landesrektor*innenkonferenz Berlin (LKRK) ist, so verhalten ausfällt. Es handelt sich hier nicht nur um "kein gutes Regieren" mit dem die Universitäten nun umzugehen hätten [2], sondern um einen gezielten Angriff auf die Handlungsfreiheit und Autonomie der Hochschulen, der im selben Kontext steht wie die Einführung des Ordnungsrechts im Sommer. Wenn es um unsere Hochschulen und Universitäten geht, macht der Senat seine Prioritäten klar: Die Universitäten sollen am Fließband Bildungsabschlüsse und Fachkräfte für die deutsche Wirtschaft produzieren, befriedet von einem Ordnungsrecht, das preussische Obrigkeitshörigkeit verspricht. Kritische Lehre, Universität als Ort des Austauschs und der Diskussion, studentisch selbstverwaltete Räume und Projekte? Fehlanzeige, ohnehin viel zu teuer.

Die Kürzungen stehen auch im Zeichen der Militarisierung der ganzen Gesellschaft. Im Bundeshaushalt wird der Kriegsetat massiv erhöht, während bei Bildung, Wohnen und Gesundheit gekürzt wird. Im Berliner Landeshaushalt sind in bezeichnender Weise die einzigen von den Kürzungen nicht betroffenen Bereiche Polizei und Justiz. [5] [6]

Die Kosten für die Aufrüstung von Polizeibehörden und unzählige Investitionen in repressive Sicherheitspolitiken sollen jetzt durch massiven Sozialabbau auf die Studierenden, Lehrenden, Jugendlichen und die arbeitende Bevölkerung insgesamt abgewälzt werden. Das beste Beispiel in Berlin ist hier auch immer noch der Bau eines Zauns um den Görlitzer Park, dessen 1.5 Mio. Euro schwerer Neubau trotz des heftigen Protests der Anwohnenden und der massiven Haushaltskürzungen natürlich weitergeht. Gestrichen wurden in der Nachbarschaft im Gegensatz dazu die Mittel von Suchtprogrammprogrammen und anderen sozialen Organisationen. Dieses einzelne Prestigeobjekt macht finanziell 20% der Kürzungen im Studierendenwerk aus. Zaunbau und Landespolizei müssen sich also keine Sorgen um ihre Budgets machen, während soziale Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft in maroden Gebäuden um ihre Existenzberechtigung ringen. Das dürfen wir nicht zulassen!

Wir rufen alle Studierenden und Lehrenden in Berlin und bundesweit auf, sich mit den Arbeiter*innen in anderen Bereichen zusammenzuschließen und gemeinsam gegen den sozialen Kahlschlag zu kämpfen.

Umsetzung:

Das Studierendenparlament beschließt die Einberufung einer Vollversammlung, um das weitere Vorgehen gegen die Kürzungen an den Hochschulen und in Berlin zu dis-

cutieren und zu organisieren. Der RefRat wird mit der Einberufung im Laufe des Januars 2024 beauftragt.

Der RefRat wird damit beauftragt, diesen Beschluss im Sinne der Studierendenschaft in die Öffentlichkeit zu tragen.

Der RefRat wird beauftragt auf eine Positionierung der studentischen Mitglieder im Verwaltungsbeirat des Studierendenwerkes im Sinne dieses Beschlusses hinzuwirken.

[4] <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wo-berlin-jetzt-doch-nicht-kurzt-die-korrekturen-an-den-sparplanen-im-uberblick--und-komplett-zum-download-12834512.html>

[5] <https://www.stw.berlin/karriere/unternehmen/gesch%C3%A4ftsbericht-2023/wohnen-2023.html>

[6] Protokoll der 439. Sitzung des Akademischen Senats der HU vom 17.09.2024

[7] Protokoll der 440. Sitzung des Akademischen Senats der HU vom 22.10.2024

5.4 SP-32/13 Anerkennung als studentische Initiative: shalom kai salaam

Kim und Elyesa (shalom kai salaam) bringen den Antrag ein.

Fragen und Diskussion:

Lars (LiLi) fragt, wie viele Personen in der Gruppe sind und wie sie zusammekommen sind.

Kim (shalom kai salaam) antwortet, dass sie drei Gründungsmitglieder sind. Die Gruppe ist bisher noch nicht formell organisiert, aber hat schon eine Veranstaltung organisiert. Es sind außerdem zwei Veranstaltungen geplant.

Æri (LiLi) fragt, ob die Gruppe auch offen für konfessionslose ist.

Æri (KulturRef) bietet an, dass sie die Unterstützung des Referats haben können.

Kim (shalom kai salaam) antwortet, dass die Gruppe auch offen für konfessionslose ist, insbesondere auch im Rahmen religiöser Bildung, und bedankt sich für das Unterstützungsangebot.

Abstimmung: *(viele/0/1)*

→ einmütig angenommen

Beschlusstext:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin beschließt:

1. Die Hochschulgruppe shalom kai salaam wird als studentische Initiative anerkannt.

5.5 SP-32/14 Geopolitische Entwicklungen im Nahen Osten und die Verpflichtung zu einer solidarischen Positionierung der Studierenden (Antira)

Bahar (AntiraRef, OLKS) bringt den Antrag ein.

Fragen und Diskussionen:

Lukas (PMRef) bringt einen ÄA ein. Dabei werden auch Wissenschaftler*innen sowie betroffene Studierende miteinbezogen. Zudem ist die Umsetzung klarer geregelt.

Antragsteller*in übernimmt den ÄA.

Text des Änderungsantrags:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

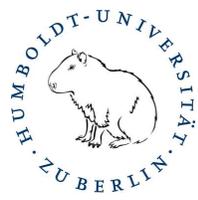
1. Die Erarbeitung einer Stellungnahme zu der gegenwärtigen Entwicklung und Lage der Menschenrechte im Nahen Osten unter Mitwirkung von Wissenschaftler*innen der HU.
2. Die Einrichtung eines offenen Forums für betroffene Studierende, um einen Ort des Austauschs und der gegenseitigen Unterstützung zu schaffen.
3. Mit der Umsetzung wird das Referat für Antirassismus beauftragt.

Abstimmung: *(viele/0/1)*

→ einstimmig angenommen

6 Sonstiges

Bitte den Raum sauber verlassen, Zigaretten richtig entsorgen und Wahlspenden-Bericht an das Präsidium schicken. Schöne Ferien!



Ende der Sitzung: 20:47
Für die Richtigkeit: Das Präsidium